



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Verlegungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Im Dienste der Nation. — Gau VI. — Fenilleton: England und englische Verhältnisse. — Korrespondenzen (Münster, Cassel, Dresden, Hannover, Nürnberg-Fürth). — Rundschau. — Literatur. — Versammlungskalender. — Abrechnungen.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Der Ausstand der Dresdner Kolleginnen dauert unverändert fort.

Zuzug von Buch- und Steindruckerei-Hilfspersonal nach Dresden und Umgebung ist streng fernzuhalten.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Im Dienste der Nation.

Der Wahlrechtskompromiß des Zentrums mit den Konservativen in Preußen, der die direkte und öffentliche Klassenwahl des Regierungsentwurfs ersetzt durch die indirekte geheime Urwahl nach Klassen mit öffentlicher Abstimmung der Wahlmänner, bedeutet eine so offenbare Verschlechterung der gegenwärtigen Aussichten der Wahlrechtsreform, daß die ärgsten Reaktionen sich vor Vergnügen die Hände reiben, während die Wahlrechtsbewegung an Umfang und Leidenschaftlichkeit von Tag zu Tag zunimmt. Im „Tag“ kennzeichnet der freikonservative Abg. v. Zedlitz das Kompromiß als taktisches Meisterstück und als einen großen Wurf der konservativen Parteileitung und erklärt: „Die Wahl der Abgeordneten durch Wahlmänner in öffentlicher Abstimmung beugt einer Verschlechterung ihrer Wahlausichten vor. Unter diesem Gesichtspunkte ist unzweifelhaft für sie das Wahlkompromiß vorteilhafter als die öffentliche und direkte Wahl nach der Regierungsvorlage. Daß es trotzdem den Anschein einer weitgehenderen Konzession hat als diese, wird gleichfalls als ein Vorteil anzusehen sein.“ So stellt sich der Wahlrechtskompromiß des Zentrums im Effekt dar als eine neue Stütze des junkerlich-agrarischen Uebergehirns im preußischen Landtage, als dauernde Verankerung der ärgsten Reaktionen. Nicht um eine Reform handelt es sich, die den Uebergang zum Reichstagswahlrecht anbahnt, sondern um eine Befestigung des Dreiklassenwahlrechts, das die Kernsten entrechtet. Denn jede wirkliche Wahlrechtsreform mußte gegen die Konservativen gemacht werden und konnte nur mit Hilfe der linken Parteien zustande kommen. Jeder Kompromiß mit den Konservativen besorgt die Geschäfte der Summe und verschlechtert die Aussichten der Reformbewegung. Das Zentrum hat sich mit dieser konservativen Verbrüderung als ein Feind der Wahlrechtsreform, als Anhänger des Dreiklassenwahlrechts entpuppt, — darüber helfen alle Beteuerungen von praktischer Reformarbeit nicht hinweg.

Das Ergebnis dieses Wahlrechtschachers wird sein, daß die Arbeiter aufs neue um das gleiche und direkte Wahlrecht betrogen werden und daß selbst das als Scheinkonzession gewährte geheime Wahlrecht der Urwähler entwertet wird durch die öffentliche Abstimmung der Wahlmänner. Es werden alle Knoten derartig geschürzt werden, daß nur die reaktionären Parteien beim Wahlschug Erfolge haben. Ein Sechstel der Reichsten und Wohlhabendsten der Nation wird auch künftig die übrigen fünf Sechstel, die die Arbeit der Nation repräsentieren, entrechteten und beherrschen. Das ist das Los der Arbeit, — jene gottgegebene Abhängigkeit, aus der sich, wie Herr v. Bethmann Hollweg in seiner Abgeordnetenhausrede erklärte, unser ganzes Leben zusammensetzt — das wird ihr Los bleiben, so lange die Nation der Arbeit sich nicht auf ihre Würde und Rechte bekennt und die Nation des Besitzes in die ihr nach Zahl und Verdienst gekührende Stellung zurückweist.

Was leistet die entrechtete Arbeit im Dienste der Nation und was leistet der Besitz? Das ist die Frage, die sich jedem in diesem Wahlrechtskampfe, angeht, der von Konservativen und Zentrum verteidigten Privilegien des Besitzes aufdrängt. Sind die Arbeiter, die Angestellten, die Kleinhandwerker und Kleinbauern wirklich nicht wert, gleichberechtigt im Staatswesen mitzuarbeiten, bloß weil sie weniger Steuern zahlen? Wer ist es denn anders, als die Nation der Arbeit, die den Klassen des Besitzes ihren Rammon schafft! Von 1900 bis 1908 hat in Preußen das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen sich von 63,8 auf 91,6 Milliarden Mark, also um 21,6 Milliarden Mark vermehrt. Diese kolossale Steigerung, von der 20,2 Milliarden Mark auf die Städte und nur 7,6 Milliarden auf das Land entfallen, ist in erster Linie der industriellen Arbeit zu danken, die die Grundlage des Nationalwohlstandes ist. Woher diese bedeutende Steigerung sich erklärt, zeigen uns die Ziffern der gewerblichen Lohnstatistik der Unfallversicherungsgenossenschaften. Von 1900 bis 1908 stieg der Durchschnittslohn pro Bollarbeiter von 896,59 M. auf 1073,59 M. oder um 19,7 Prozent. In der gleichen Zeit hob sich das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen von 70,042 auf 91,653 Milliarden Mark oder um 30,9 Proz. Die Steigerung der Lohnsumme der Arbeit blieb um ein volles Drittel hinter der Zunahme der ergänzungssteuerpflichtigen Vermögen zurück, d. h. die Arbeiterklasse hat nicht in gleichem Maße an der Steigerung des Nationalwohlstandes Anteil nehmen können, wie die beständigen Klassen, die den Löwenanteil der Gewinne des Wirtschaftsaufschwunges an sich rissen. Dafür durfte indes die Arbeiterklasse die Opfer des Wirtschaftskampfes in vollem Umfange auf sich nehmen. Die Opfer der Besitzenden wiegen gering. Es finden wohl Vermögensverschönerungen zwischen den einzelnen Personen statt, — aber die Klasse der Unternehmer als solche bringt keine Opfer, — sie heimt nur die Gewinne der Volkswirtschaft ein. Den Arbeitern dagegen bürdet die nationale Wirtschaft gewaltige

Opfer an Leben und Gesundheit, sowie Entbehrungen auf, — Opfer, die alles übersteigen, was die Nation jemals von ihrer Gesamtheit oder einer Klasse gefordert hat.

Der deutsch-französische Krieg kostete dem deutschen Volk 40 000 Tote und 129 000 Verwundete, — ein Opfer, das der nationalen Sache gebracht wurde ohne Unterschied der Bevölkerungsklasse und das allein schon ausreichen sollte, alle Klassenunterschiede im politischen Staatsleben zu beseitigen. Aber das Jahr 1908 brachte der deutschen Arbeiterklasse auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld allein 662 321 Verletzte, davon 9856 Tote und 142 965 Schwerverwundete, die länger als 13 Wochen erwerbsunfähig waren. 1160 bleiben zeitweilig völlig erwerbsunfähig, also Krüppel im vollen Sinne des Wortes; 57 410 wurden zu teilweisen Invaliden, während 74 539 nach vorübergehender Erwerbsunfähigkeit wiederhergestellt wurden. Ein einziges Wirtschaftsjahr liefert mehr als fünfmal so viel Verwundete, 5 Jahre ebenso viel Tote, wie der an Opfern so reiche Krieg von 1870/71! Seit dem Jahre 1886, seit Bestehen der deutschen Unfallstatistik, bis 1908, also in 23 Jahren hat Deutschlands Arbeiterklasse 8 1/2 Millionen Unfälle, darunter 2 Millionen schwere und 163 000 tödlicher Verletzungen auf sich nehmen müssen, und nur der kleinste Teil dieses Unglücks ist ihr durch die Unfallversicherung entschädigt worden. Seit 1895 sind für Unfallschädigungen 1,4 Milliarden Mark aufgewendet — in derselben Zeit stieg das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen allein in Preußen um 27,8 Milliarden Mark! Auf jeden Unfallrentner entfiel im Jahre 1908 eine Entschädigung von 210,44 Mark, — das steuerpflichtige Vermögen jedes Jensten in Preußen wuchs von 1907 auf 1908 allein um das Sechsfache, um 1247 M. (von 59 751 auf 60 998 M.)! Hier steigende Opfer, — dort steigende Reichtümer! Und die Vertreter der Reichtümer sollen für alle Zukunft privilegiert sein, Preußen zu regieren, — die Repräsentanten der opfervollen Arbeit in alle Ewigkeit verdammt, entrechteten zu sein.

Aber die Unfallstatistik erschöpft bei weitem nicht die Opfer der Arbeit. Die deutsche Krankenversicherung zählte im Jahre 1908 allein 5,2 Millionen erkrankte Arbeiter mit 103,9 Millionen unterstützten Krankentagen und 85 594 Sterbefällen. Die Krankentassen entschädigen in der Regel nur die Hälfte des entgangenen Arbeitsverdienstes. Ein großer Teil dieser Erkrankungen steht mit der Erwerbsarbeit in ursächlichem Zusammenhang, das haben die deutschen Krankentassenkongresse wiederholt bekundet. Von 1885—1908, in 24 Jahren, betrug die Zahl der Erkrankungsfälle 74,5 Millionen, die der Sterbefälle nahezu 1 1/2 Millionen. Wohl gemerkt, hier handelt es sich um die Klassenmitglieder selbst, also um Erwerbstätige im Dienste der nationalen Wirtschaftswesen.

Und hinzu treten weiter die Opfer der Invalidität! Im Jahre 1908 wurden insgesamt 139 789 Renten anerkannt, — die Zahl der abgelehnten Rentenansprüche dürfte nicht viel kleiner

fein! Von 1891—1908 sind nahezu 2,2 Millionen Invaliden-, Alters- und Krankenrenten anerkannt worden, im Jahresdurchschnitt über 120 000. Die Zahl wäre bei weitem größer (1903 waren es zirka 175 000), wenn nicht seit Jahren auf eine Ersparnis an Renten hingearbeitet worden wäre.

662 321 Verunglückte, 139 789 Invaliden und 5,2 Millionen Erkrankte, das sind die Opfer der Arbeiterklasse in einem einzigen Wirtschaftsjahr (1908)! Was wiegen die Opfer eines Kriegsjahres, und mag der Krieg noch so grausig gewesen sein, gegen die Unsummen von Leiden und Unglück, die der Wirtschaftskampf der Nation seiner Arbeiterklasse auferlegt. Es ehrt das Reich, daß es durch Einführung der Arbeiterversicherung seine allernächste Pflicht gegen die Arbeiter wenigstens teilweise erfüllt. Aber sind die Arbeiter, die Leben und Gesundheit tagtäglich zur höheren Ehre der Nation in die Schanze schlagen, weniger würdig, mitzuraten in der Volksvertretung, als die Besitzenden, die kein Opfer trifft und die lebendig Gewinne aus der Arbeit anderer einheimfen? Sind die Arbeiter weniger würdig, als die Einjährigfreiwilligen, Reserveoffiziere und Militärärzte, denen der Regierungsentwurf ein gehobenes Wahlrecht zuerkannt?

Und noch immer sind die Opfer der Arbeit nicht erschöpft. Zu den Erwerbsunfähigen kommt noch das große Heer der Arbeitslosen, denen die nationale Wirtschaftsweise immense Verluste an Erwerbseinkünfte aufnötigt. Eine Reichsarbeitslosenzählung vom Jahre 1895 ergab an einem Dezembertage 553 000 Arbeitslose — es war ein Jahr des beginnenden Wirtschaftsaufschwunges und ein Tag mittlerer Arbeitslosigkeit. Das Krisenjahr 1907 dürfte reichlich den doppelten Tagesstand an Arbeitslosen ergeben haben. Die Summen, die die deutschen Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung verausgabten (1908: 9,3 Millionen Mark), geben nur einen schwachen Begriff dieser Opfer; es waren die Summen, die die Arbeiterschaft aus eigenen Mitteln aufbrachte, um die Opfer der Arbeitslosigkeit wenigstens nicht ganz im Elend versinken zu lassen. Wer zählt die Opfer, die nicht unterflügt werden konnten, — wer die Tränen, die ungestillt blieben, die Klagen, die niemand hörte?

Und während die Arbeiterklasse Tag für Tag und Jahr um Jahr Gut und Blut in Dienste der Nation opfert, während ihr Ruf nach Gleichberechtigung ungehört verhallt, wächst der Nationalreichtum ins Riesenhafte und die Besitzenden schließen ihnen hohnlachend die Tür der Gesetzgebung vor der Nase zu. Wer will es ihnen, den Entrechteten, den wirklichen Schöpfern aller Werte, den eigentlichen Trägern des Staatswesens, ver-

konnten. Auch die verschiedenen Wünsche einzelner Zahlstellen über Kostendeckung rein örtlicher Ausgaben aus Verbandsmitteln wurden besprochen und an der Hand von Zahlen nachgewiesen, daß solche Wünsche nicht immer erfüllt werden können, da der Verbandstag dafür keine Deckung vorgehen hat.

An der nun einsetzenden Diskussion beteiligten sich alle Kollegen und Kolleginnen, und es muß gesagt werden, daß manche gute Anregung gegeben wurde.

Die Notwendigkeit, durch fleißige Arbeit (besonders Kleinarbeit) einen größeren Mitgliederkreis zu gewinnen, wurde allseitig anerkannt und soll bei einer späteren Tagung des Gaues VI eine Bezirkseinteilung vorgenommen werden, um den Gauvorsitzenden soweit als möglich zu entlasten, zumal der näherliegende Verbandstag und der Ablauf des Tarifes besondere und wichtige Arbeit bringt.

Um die Kosten für diese Tagungen decken zu können, wurde beschlossen, vierteljährlich pro Mitglied 5 Pfg. in die Gaufasse zu zahlen.

Um 6½ Uhr war Schluß der ersten Gaunkonferenz und mit neuem Mut und neuer Arbeitslust traten die Teilnehmer ihren Heimweg an.

Gau VI.

Am Sonntag, den 27. Februar, fand in Leipzig die erste Gaunkonferenz des Gaues VI statt. Die Zahlstellen Altenburg, Crimmitschau, Erfurt, Gera, Halle, Raumburg, Saalfeld, Wittenberg und Weimar hatten Delegierte entsandt. Der Gauortort Leipzig war durch vier Delegierte vertreten und die Leipziger Vororte Lancha und Grimma hatten ebenfalls Vertreter geschickt. Der Verbandsvorstand hatte Kollegin Thiede delegiert und nur die Zahlstelle Gotha war leider nicht vertreten.

Kollege Schulze-Leipzig gab einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der Zahlstellen, die dem Gau VI angeschlossen sind, wobei recht lehrreicher und interessanter Ereignisse gedacht wurde.

Die wirtschaftliche Krise war die Ursache, daß in den kleineren Orten, wo meist nur eine größere oder auch einige kleinere Steinbrudereien in Frage kommen, die Mitgliederzahl durch Uebergang in andere Berufe zurückging. Der neuerdings einsetzende wirtschaftliche Aufschwung hat denn auch, als eine intensive Kleinarbeit einsetzte, bedeutende Mitgliederzunahmen gebracht. Besonders in Halle ist wiederum der Beweis erbracht worden, daß bei energischer Arbeit sehr viel zu gewinnen ist. Gerade diese Zahlstelle hatte es niemals über 50 Mitglieder bringen können, nun aber sind mehr als 240 gewonnen und ein Tarif konnte abgeschlossen werden. Die Verhältnisse aller zum Gau gehörigen Zahlstellen wurden vom Nebner geschildert und erläutert, was noch alles zu tun ist, um in allen Orten geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen zu können.

Kollegin Thiede gab einen Ueberblick über die letzte Bewegung im Steindruckgewerbe, die erneut den Beweis brachte, daß durch gemeinsames Vorgehen und festen Zusammenhalt nicht nur alle Schädigungen abgewendet werden, sondern bedeutende Verbesserungen erzielt werden

Korrespondenzen.

Altenburg. Versammlung am 1. März 1910. Kollege Griffel gab einen ausführlichen Bericht vom Bezirkstag in Leipzig. An diesen Bericht schloß sich eine längere Debatte, weil der Hauptvorstand zwei Ausgaben nicht tragen will. Es wurde auf Antrag beschlossen, daß der Vorstehende nochmals an den Hauptvorstand den Antrag auf Uebernahme von allgemeinen Ausgaben stellen soll, um unsere wenig fundierte Klasse zu entlasten. Angenommen wurde ferner der Antrag der Kollegin Taubert, den an die Gaufasse abzuführenden Betrag in Gestalt eines Lokalbeitrages von 10 bis 15 Pfg. pro Mitglied im letzten Monat eines jeden Quartals zu erheben, damit die Lokalfasse nicht so angestrengt wird. Dieses sowohl wie der Ausflug in das Mühlental soll durch Zirkular näher bekannt gemacht werden. Den Kartellbericht gab Kollege Saube. Hervorzuheben ist die in nächster Zeit stattfindende Gewerbedeputiertenwahl. Hierzu ist vom graphischen Gewerbe der Buchbinder F. Jänike als Kandidat aufgestellt worden. Der Vorstehende gibt darüber noch näheres bekannt und betont, daß es Pflicht familiärer wählberechtigter Mitglieder ist, pünktlich zur Wahl zu gehen. Der Vorstehende gab nun seiner Freude Ausdruck, daß die vorgenommene Statistikaufnahme ein gutes Resultat gezeitigt hat. Von 120 ausgegebenen Fragezetteln sind 112 beantwortet worden. Hieraus wurde unter Hinweis, daß die nächste Versammlung am 5. April stattfindet, die gut besuchte Versammlung

England und englische Verhältnisse.

Reise-Plaudereien von A. d. L. H.

II.

Schottlands Hauptstadt.

Sie sind stolz, die Schotten, auf die ausgezeichnete Lage und die alten Bauwerke ihres Edinburgh, gerade als ob jeder ein persönliches Verdienst dafür in Anspruch nehmen dürfte, daß auf dem über hundert Meter hohen Felskegel, der inmitten der Stadt steht und nach drei Seiten steil abfällt, vor 800 Jahren die Zwinguri der schottischen Könige errichtet worden ist. — Edinburgh zählt 325 000 Bewohner und die eng sich anschmiegende Industrie- und Hafenstadt Leith (spr.: Lieh) weitere 80 000. Aber man mag schon viele Großstädte gesehen haben, ohne auf eine zweite gestoßen zu sein, die so eigenartig schön gebaut und gelegen ist wie Schottlands alte Residenz. Eins verschandelt allerdings das ganze prächtige Städtebild. Die Altstadt mit ihren hohen, teilweise zehn- bis zwölftstöckigen Häusern wird, von der Neustadt durch einen Taleinschnitt getrennt, den hohe und breite Brücken überspannen. Von der Hauptbrücke aus sieht man nun auf nichts weiter als die hüßlichen, grauschmutzigen Dächer des Hauptbahnhofes und der Ankunfts- und Abfahrthallen, die das Tal in seiner

vollen Breite ausfüllen und von denen fortgesetzt unheimlicher Kohlenqualm heraufsteigt. Den Bahnhof gerade hierher zu legen, beweist eine Geschmacksbarbarei fondergleichen, entspricht aber ganz der englischen Denkweise, die allezeit bereit ist, das Schöne dem Vorteilhaften zu opfern.

Außer dem Schloßberge erhebt sich, ebenfalls inmitten der Stadt, der fast hundert Meter hohe Palton-Hügel, um dessen Fuß das burgähnliche Gefängnis und die Universitätsgebäude sich legen, während er auf dem Rücken die vorzüglich eingerichtete und geleitete Sternwarte, ein gewaltiges Nationaldenkmal und das Nelson-Monument trägt. Keine englische Stadt übrigens ohne Denkmal für diesen Sieger in der Seeschlacht bei Trafalgar, die ihm zwar 1805 den Lob, der spanisch-französischen Flotte aber die Vernichtung brachte. — Am massigsten steigt im Südosten der Stadt der Kings-Barl (Königsparl) in jähher Steilheit wohl an 200 Meter hoch auf. Zwischen, neben und hinter diesen Bergen breitet sich nun die Stadt aus, in deren breiten Straßen großstädtisches Treiben und Geschäftslieben herrscht. Freilich finden sich an auffällig vielen leerstehenden Häusern Plakate mit der Aufschrift to let (zu vermieten) oder on sale (zu verkaufen). Das macht die Krise, die auch in England tiefe Furchen gezogen hat.

Im Mittelpunkt der Stadt bietet der prächtige Prinzess Garden mit seinen geschmackvollen Anlagen und Blumenbeeten einen recht angenehmen

Aufenthalt. Hier ist auch dem gefeierten Nationaldichter Walter Scott, dessen Romane Gemeingut des englischen Volkes geworden sind, eine Denksäule errichtet worden. Wer will, kann im Innern der Säule die unendliche Menge von Stufen erklettern; der Blick von der oberen Plattform aus einschüßigt ihn. Viel Blut ist im Laufe der Jahrhunderte in dem Straßengewirre geflossen, das sich da unter uns auftritt und eine reiche Geschichte hat ihre Spuren überall hinterlassen.

Alles ganz hübsch! Aber einen Mangel entdeckt das fromme deutsche Auge sofort: die Seltenheit von Uniformen. Straßenbahnkassierer und Wagenführer, Kontrolleure und Droschkenfürher, Gerichtsdiener und Magistratsboten, Eisenbahnschaffner und Postbeamte, kurz alles, was man sich in Deutschland ohne Uniform gar nicht denken kann, läuft hier in Zivil herum. Einfach empörend! Wo soll da die Achtung vor dem Staate herkommen? Wo bleibt da die Autorität der Regierung und ihrer Organe? Wie köstlich ist es dagegen in Deutschland, wo jeder Nachwächter von dem Bewußtsein durchdrungen ist, ein Teilchen der Staatsallmacht zu verkörpern. Das gibt Würde und erhält das Volk in Untertanendemut. In England ist davon nichts zu spüren. Dort wagt nicht einmal ein Beamter jemanden anzuschauen. Wo soll da der Respekt herkommen? Auf der Bahn, der Post, der Polizei behandelt die Beamten das Publikum, als ob dieses, nicht aber sie, die Beamten, die Herren

mit dem Wunsch, daß alle weiteren Veranstaltungen in diesem Jahr ebenso gut besucht würden, vom Kollegen Gröfz geschlossen. Gemütlich blieben die Anwesenden bei den musikalischen Darbietungen des Kollegen E. Höyer noch einige Zeit beisammen.

Cassel. Am 22. Februar fand eine mächtig besuchte Versammlung statt, in welcher Gauleiter Kollege Kalb über den neuen Tarif referierte. Derselbe führte den Mitgliedern die Ereignisse der letzten Zeit vor Augen und betonte, daß wir einer sehr ernsten Situation entgegen gehen. Auch tadelt er in scharfen Worten die Laubbild der Mitglieder, welche es nicht für nötig hielten, in der Versammlung zu erscheinen. Er habe zu seinem Bedauern erfahren müssen, daß sich der Mitgliederstand verringert habe. Hat es sich doch gerade in letzter Zeit wieder gezeigt, daß die Prinzipale nicht die Humanität besitzen, wie es den Anschein hatte. Trotzdem im Jahre 1906 ein einheitlicher Tarif geschlossen wurde, sind doch noch einige Städte vorhanden, in welchen die Prinzipale sich entschieden weigern, einen Tarif abzuschließen. Und wenn die Prinzipale nun sehen, daß eine Zahlstelle zurückgeht und das Hilfspersonal uneinig ist, dann wird 1911 eine Verbesserung unseres Tarifes unmöglich sein. Ja, man erlaube sich schon jetzt uns für nicht tariflos zu erklären. Dies ist doch wirklich Grund genug, um mehr denn je auf der Hut zu sein und sich zusammenzuschließen. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu agitieren und stets neue Mitglieder zu werden. Nur Einigkeit macht stark. Wenn man bedenkt, wie schwer es ist in der heutigen Zeit, wo alles so teuer ist, sein Dasein zu fristen, so liegt es klar auf der Hand, daß es nicht mehr so weiter gehen kann. Alles bis jetzt Errungene ist teuer erkämpft worden und wird auch ferner erkämpft werden müssen. Darum ist es absolut notwendig, mit aller Energie zu arbeiten und dahin zu streben, im Kampfe gegen den Kapitalismus als Sieger hervorzutreten. Nachdem Kollege Kalb die Mitglieder nochmals dringend ersucht, die Versammlungen besser zu besuchen und den Vorstand in seiner Arbeit zu unterstützen, schließt derselbe unter stürmischem Beifall sein lehrreiches Referat. Zum Schlusse erwähnte der Vorsitzende die Anwesenenden ebenfalls, die Worte des Kollegen Kalb zu beherzigen und stets treu zur Fahne zu halten.

Dresden. Generalversammlung am 2. März. Kollege P. Hermann gebachte zunächst des verstorbenen Kollegen Friedrich Mai, zu dessen Angelegenheiten sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben. Sodann gab Kollege Hermann einen detaillierten Ueberblick über die Tätigkeit der Verwaltung im vergangenen zehnten Geschäftsjahre. Besonders ist durch eine intensive Hausagitation auch in der Umgebung ein uennenswerter Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand am 31. Dezember 1908 betrug 292 männliche und 425 weibliche gleich 717 Personen, am 31. Dezember 1909 306 männliche und 573 weib-

liche gleich 879 Personen. Die Zunahme in der Zeit vom 1. April 1908 bis 31. Dezember 1909 belief sich auf 245 Personen. Was die Agitations- und Versammlungstätigkeit anlangt, so sind im verfloffenen Jahre 103 Geschäftsjahresversammlungen, 11 öffentliche Versammlungen, 14 Vorstandssitzungen, 4 Sitzungen mit anderen Korporationen und 5 Vertrauenspersonen-Sitzungen abgehalten worden. Hierzu kommen noch 4 öffentliche Versammlungen, 3 Vertrauenspersonen-Sitzungen und 2 Geschäftsjahresversammlungen in Nieder-Seelitz und Mügeln. Durch den Tod sind 4 Kollegen und 1 Kollegin in diesem Jahre abberufen worden. Als bedauerlich muß konstatiert werden, daß die Fluktuation namentlich unter den weiblichen Mitgliedern immerhin bedeutend ist und daß im 4. Quartal 1909 83 Mitglieder gestrichen werden mußten. Hierauf gab Kollege F. Hermann den Kasfenbericht: An Unterstützungen wurden gezahlt: für Arbeitslose 3753,55 Mk., Kranke 1752,45 Mk., Streikende 1371,13 Mk., Gemäßregelte 190,60 Mk., Wöchnerinnen 300,00 Mk., an Extraaufstellungen 32,00 Mk., Summa 7399,74 Mk. Der Markenverkauf betrug 31 468 Stück. Aufnahmen erfolgten 427. An die Hauptkasse wurden gesandt 1116,25 Mk. Der Arbeitsnachweis vermittelte für Buchdruckerinnen 96, Steinbruckerinnen 41, Lichtbruckerinnen 3, Bogenfängerinnen 46, Hilfsarbeiterinnen 13, Schleifer 15 und Hilfsarbeiter 15 Stellen. Im Namen der Revisoren berichtete Kollege Thüraich, daß alles richtig befunden wurde und beantragte er Entlastung des Kassierers. Dasselbe wurde einstimmig erteilt. Weiterhin gab Kollege F. Hermann Bericht über den gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung im Buchdruckgewerbe. Er führte aus, daß sich in Dresden dieser Kampf so lange hinausziehen würde, war bei der diesbezüglich ablehnenden Haltung der hiesigen Unternehmer vorauszu sehen. Nachdem aber die Entscheidung des Tarifamtes bekannt war, fanden die Herren wiederum an der „Solidarität“ die Friebsförderin heraus, die es zunächst unmöglich machte, mit uns zu verhandeln. Sodann waren die lästigen Streitposten vor ihren Lokalen wieder daran schuld, um die Sache unnützer Weise zu verschieben. Jedoch durch den Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins sind sie nun moralisch gezwungen, in Unterhandlungen mit uns einzutreten. Trotzdem stellen die Herren Prinzipale noch Bedingungen für die Zusammenlegung der zu wählenden dreigliedrigen Kommission, zu welcher Arbeitnehmer aus der Dresdner „Vollzeitung“ nicht zugezogen werden sollen. Für den 11. März ist eine Sitzung des Bezirksvereins Dresden zusammenberufen, in welcher die Hilfsarbeiterfrage mit auf der Tagesordnung steht und worauf hoffentlich die Verhandlungen beginnen werden. Eingehend auf die letzte Bewegung im Steinbrucker- und die Tarifforderung in München betonte der Redner, daß in diesem Falle ein vollständiger Sieg von der Arbeiterschaft errungen wurde, indem die Unternehmer die umstrittene Arbeitsordnung zurück-

brachte er erst deren Stempel und Unterschriften? Verglich er etwa das Signalement im Passe mit der vor ihm stehenden Person? Nichts von alledem! Er langte einfach die Postkassen aus einem der Fächer heraus, sah die Adressen durch überreichte mir ohne weiteres zwei Postkarten, einen Brief und einige Zeitungen unter Kreuzband. Ist das nicht standeslos? Aber wo soll auch die Pflichttreue eines Beamten herkommen, der nicht einmal in einer Uniform steckt! Hinterher machte ich ihm das Geständnis, ich sei etwas verzagt hergekommen, weil ich überhaupt keinen Paß besäße und gefürchtet hätte, bei Abhebung der Sendungen auf Schwierigkeiten zu stoßen. Was antwortete der jeder gottgewollten Ordnung entfremdete Mensch? „Wer fälschen will, fälscht auch Pässe. Aber wegen einiger Postkarten und Zeitungen tut das niemand. Außerdem übernehmen wir für postlagernde Sendungen keine Garantie.“ Ich schwieg, mußte schweigen, weil mein Englisch nicht ausreicht, meiner sittlichen Entrüstung über solche bodenlose Schlamperei mit Nachdruck Worte zu verleihen. Ich ging meiner Wege und trank irgendwo ein Glas Bier; stont (staut) nennen sie es. Das taugte jedoch auch nicht viel; denn selbst der Kellner trug keinerlei Verusachtracht.

Ein schrecklich unkultiviertes Land!

gezogen haben. Das Einarbeiten der halben Stunde für das weibliche Personal mußte für diese Zustände der Druckereibesitzer als Opfer gebracht werden. Hierauf erfolgte die Bekanntmachung des Wahlergebnisses. Als Vorsitzender wurde wiederum Kollege Paul Hermann, als Verwaltungsmittglieder die Kollegen Sünberhauf, Fide, Gubisch und Hentzer und die Kolleginnen Schulze, Weidemann und Walter gewählt. Als Revisoren wiederum die Kollegen Thüraich, Barthel und Wimar. Zu Kartelldelegierten wurden die bisherigen Vertreter Kollegen Paul und Franz Hermann wiedergewählt. Zur Festsetzung der Entschädigungen nimmt Kollege Sünberhauf das Wort und begründet in ausführlicher Weise die Erhöhung der Remunerationen, da die von den einzelnen Funktionären zu leistenden Arbeiten bedeutend zugenommen haben. Er beantragt für den 1. Vorsitzenden 150 Mk. für den Schriftführer 25 Mk. und für den Vertreter in Nieder-Seelitz-Mügeln 30 Mk. als Jahres-Entschädigung. Nach längerer Diskussion wurden diese Sätze einstimmig angenommen. Ein Antrag des Kollegen Baum, den Vertrauenspersonen anstatt wie bisher 30 Pfg. fernerhin 50 Pfg. für die Teilnahme an den Sitzungen zu gewähren, wurde gleichfalls angenommen. Die Entschädigungen für die Revisoren, Krankenkassenvertreter, Bureauarbeiter wurden mit den bisherigen Sätzen einstimmig angenommen. Die feinerzeit beschlossene Weichnachtsunterstützung für die Streikenden durch die Entnahme einer bestimmten Anzahl von Streikmarken innerhalb des hierfür festgelegten Zeitraumes führte zu Angriffen der Kollegen Baum und Reichel gegen die Verwaltung, die in längerer Diskussion zurückgewiesen wurden. Zum Punkt „Gewerkschaftliches“ stellte Kollege Wilschke den Antrag, das Mitglied Junter wegen unsolidarischen Verhaltens aus dem Verband auszuschließen, was einstimmig genehmigt wurde. Sodann machte der Vorsitzende Kollege P. Hermann bekannt, daß die Gewerbegerichts-Beisetzungsversammlung am 9. März stattfindet und ersucht um allgemeine Beteiligung. Außerdem soll von jetzt ab an den Sonnabenden die Geschäftszeit im Bureau um 7 Uhr abends beendet sein. Zum Schlusse wurden noch die vom Vergütungsausschuß für das laufende Jahr in Aussicht genommenen Veranstaltungen bekannt gegeben. Für Sonntag, den 13. März, ist eine Besichtigung der Kalenderausstellung in der königlichen Kunstgewerbeschule bestimmt, hierzu sammeln bei Adam, 1/2 11 Uhr. Am 16. April Tanzabend im Kristallpalast; 29. Mai Partie nach Pappitz; 18. Juni Besichtigung der Seidenauer Papierfabrik; 14. August Partie nach Klobitz; 14. September Tanzabend in der Zentralhalle; 30. Oktober Kirnmesfeier bei Adam; 26. November Tanzabend in den Blumenfäsen.

Hannover. Mitglieder - Versammlung am 24. Februar 1910. Nach Berlesung des Protokolls gab der Kassierer die Abrechnung. Danach ist ein Kasfenbestand von 1075,87 Mk. zu verzeichnen. Auf eine Anfrage, ob die Zahlstelle mit 7 1/2 Prozent ausgenommen wäre, erklärte Kollege Sparkuhl, daß dies nicht der Fall ist, weil allein 108 Mk. für Unterkassierer an Prozenten ausgegeben werden - ohne die anderen Ausgaben. Kollege Hedt als Revisor bestätigt die Richtigkeit der Abrechnung, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wird. Hierauf hielt Genosse Reese einen Vortrag über „Moderne Dichter“. Dem Vortrage wurde allgemeines Interesse zugeendet und dem Redner am Schlusse seiner Ausführungen reicher Beifall gezollt. Im Verschiedenen wies Kollege Sparkuhl auf unser nächstes Kassenfest hin und bat um regen Besuch, damit es sich dem anderen würdig anschließe. In längerer Ausführung geistelte er noch das scharfe Vorgehen der Prinzipale bei den geplanten gewissen Aus-sperrungen in Deutschland, welche aber nochmals durch das Zusammenhalten der Arbeiterschaft vereitelt wurde. Dies mußte für die Arbeiterschaft doch eine Lehre sein. Zum Schlusse gab Redner noch die Mahnung an die Versammlung, daß alle Kollegen und Kolleginnen, die noch nicht im Ver-bande sind, sich diesem anschließen sollen, damit wir gewappnet sind, wenn unser Tarif abläuft.

Münberg-Fürth. Durch den Umstand, daß der seit einem Vierteljahr gegen die Einführung der Schutzverbands - Arbeitsordnung geführte Kampf eine große Anzahl Versammlungen und Sitzungen nötig machte, ist es erklärlich, daß unsere Generalversammlung erst am 27. Februar abgehalten werden konnte, nachdem der Angriff zurückgeschlagen war. Das alte Jahr schloß mit einer beträchtlichen Erhöhung unseres Mitgliederstandes und das neue brachte uns 3000 Maßnahmen.

feien. Unerhört! Und überhaupt die Polizei! Einfach lächerlich! Die Polizisten dürfen nicht einmal Säbel tragen, und an ihren schwarzen Luchhelmen glänzt kein Messingbeslag. Die tauartigen Folgen solcher Mißwirtschaft sind denn auch nicht ausgeblieben. Frage einen Policeman, und er wird dir bescheiden Antwort geben, nicht von oben herab, sondern sozusagen von unten herauf, wenn er auch um zwei Köpfe länger ist. Diese Umkehrung aller geordneten Machtverteilung schmerzt ein ehrsameres deutsches Gemüt tief. Und gar die Soldaten! Selbst diese dürfen außer Dienst kein Seitengewehr tragen, und Offiziere sieht man außer Dienst überhaupt nicht in Uniform. Abscheulich, eine wahre Affenschanze.

Aber es kam noch schlimmer. Ich ging nach der Hauptpost. Schon gleich die ganze Einrichtung! Nirgend ein verschließbarer Schalter wie bei uns, sondern durch den weiten Raum zog sich ein langer Badentisch, wie etwa in unsern offenen Geschäften, und dahinter hantierten Männer und Damen. Jeder hatte sich geliebt, wie er wollte; nirgend eine Uniform. Helle und dunkle Röcke, lange und kurze, dicke und dünne, schwirren durcheinander. Das sollten zuverlässige Beamte sein? Ich danke schön. Ich erhielt auch sofort einen Beweis für die sträfliche Pflichtvergessenheit. Unter Nennung meines Namens fragte ich, ob postlagernde Sendungen für mich eingelaufen seien. Fragte mich nun etwa der „Beamte“, wie sich's gehört hätte, nach meiner Legitimation?

Unsere erste Aufgabe muß es sein, die Neugeborenen zu überzeugten Mitkämpfern zu erziehen, um sie so dauernd der Organisation zu erhalten. Die Schwierigkeiten liegen also nicht hinter uns, sondern sie beginnen erst. Das Zusammenarbeiten der graphischen Verbände im Graphischen Kartell darf man nicht als ein aus der Not der Zeit entsprungenes Verhältnis betrachten, sondern es muß uns wie in München als Ausdruck eines willensstarken Solidaritätsgefühles zur inneren Ueberzeugung werden. Auch der Tarifkampf in Dresden zeigt uns, daß es mit dem gerühmten sozialen Verständnis der Buchdruckprinzipale noch recht mangelhaft aussieht. Es ist ein Janusköpfer, der gegenüber den Gehilfen Tariffreundlichkeit mimt und bei dem Siphpersonal für „Tariffreiheit“ schwärmt. Die manchesterliche Lehre vom freien Spiel der Kraft, die keinen gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Eingriff in das Arbeitsverhältnis duldet und für die sich alles nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage regelt, hat mit ihre entschiedensten Vertreter unter den hiesigen Steindruckprinzipalen. Es ist dies ja nicht verwunderlich, da ja bekanntlich sich in Nürnberg Girt und Herz des modernen süddeutschen Arbeitgeberturns befindet und das trifft auf alle Industriezweige zu. In zwei Fürther Betrieben haben unsere Mitglieder Lohnzulagen verlangt und es wird sich in nächster Zeit zeigen, ob man gewillt ist, die Sache auf friedlichem Wege beizulegen. Durch die Vorgänge der letzten Wochen sind unsere Mitglieder so begeistert geworden, daß die Massenklindigungen ihnen keinen Schreck mehr einjagten und die deprimierenden Wirkungen von 1906 ausblieben. Die Fluktuation unter den weiblichen Mitgliedern ist noch immer eine lebhaft, doch hat sich das Verhältnis gegen früher bedeutend gebessert. Der Massenbericht zeigte uns, daß die Leistungen für Kranke und männliche Arbeitslose gestiegen sind. Durch die Abschaffung des Hausfassers ist die Zahl der Beitragsreste bedeutend gesunken. Der Arbeitsnachweis hat sich unter den Mitgliedern schon stark eingebürgert und erfreut sich der lebhaftesten Inanspruchnahme von Seiten der einschichtigeren Prinzipale. Ueber die im Laufe des Jahres geführten Bewegungen ist schon ausführlich an dieser Stelle berichtet worden, so daß sich eine Wiederholung erübrigt. Die Neuwahl der Verwaltung, die keine wesentlichen Veränderungen ergab, bildete den Schluß der Generalversammlung.

Rundschau.

Schwere Unfälle an Tegelbdruckpressen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß sich die Buchdrucker-Berufsgenossenschaft veranlaßt sah, infolge der Häufigkeit von Unfällen an Tegelbdruckpressen die Beseitigung der Schutzvorrichtungen, worauf die meisten Unfälle zurückzuführen sind, mit strenger Bestrafung zu bedrohen. Wie notwendig solche Maßnahmen sind, beweist eine Zuschrift eines technischen Aufsichtsbeamten an die „Zeitschrift“. Vom 14. bis 18. Januar haben sich allein in Leipzig und Dresden fünf Tegelbdruckpresse-Unfälle mit zum Teil sehr schweren Verletzungen ereignet. Die Unfallvorgänge bieten des Belebenden genug und seien deshalb, soweit sie Aufklärung finden konnten, hier wiedergegeben.

1. Am 14. Januar d. J. verunglückte in einem Betriebe in Leipzig eine Anlegerin dadurch, daß sie einen schief angelegten Bogen während des Ganges der Maschine gerade richten wollte. Sie wußte über die Schutzvorrichtung hinweg, die nicht wirken konnte, weil die Maschine zu niedrig stand; denn die Anlegerin konnte noch mit gestrecktem Handgelenk den angelegten Bogen erfassen. Der Handschutz genügte also nicht dem Punkt 6 der zuletzt in Nr. 92 der „Zeitschrift“ veröffentlichten Forderungen der Berufsgenossenschaft (die Tegelbdruckpresse ist so hoch zu stellen bzw. so zu bauen, daß der Anleger, der den Bogen noch kurz vor dem Zusammenschluß der Tegel festhalten will, dies nur mit gebogenem und nicht mit gestrecktem Handgelenk machen kann), da der Abweissbügel den Arm nicht heraus hob, sondern an ihm entlang glitt. Der Unfall hatte ausgedehnte Quetschungen der Finger und der rechten Hohlhand zur Folge.

Der schwere Unfall mahnt eindringlich, besonders bei Galbypressen darauf zu achten, daß der Tegel kurz vor Druckstellung gegenüber dem Anleger nicht so niedrig ist, daß jener mit ungebogenem Arm oder Handgelenk zwischen Tegel und Form greifen kann.

Bei Tegelbdruckpressen mit Krantanttrieb ist dies ohne weiteres dadurch zu erreichen, daß man

die Presse höher stellt. Bei Fußbetrieb muß schon eine Venderung des Fußtrittes erfolgen, damit das Treten nicht ungewöhnlich erschwert wird. Vor allem ist aber darauf zu achten, daß nicht etwa nachträglich an die Maschine gestellten Dritte den Anlegestand so erhöhen, daß die Schutzwirkung des Handschutzes illusorisch wird.

2. Ein Unfall, der sich am folgenden Tage ebenfalls in Leipzig ereignete, wurde dadurch herbeigeführt, daß eine durch Transmiffion (Gruppenantrieb) betriebene Presse sich von selbst einschaltete, während die Anlegerin unterhalb des Tiegels, am sogenannten Schlitzen, beim Putzen beschäftigt war. Eine Verletzung des Mittelfingers der rechten Hand (ebenfalls Bruch des Knochen) war die Folge.

Auch dieser Unfall hätte vermieden werden können, wenn den in den Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft niedergelegten Forderungen noch Genüge geleistet worden wäre. Nach § 10, Absatz 3 der Unfallverhütungsvorschriften sind an Ausrückern, die an allen durch elementare Kraft betriebenen Arbeitsmaschinen angebracht sein müssen, Sperrvorrichtungen anzubringen, welche bei gefährlichen Handlungen angewendet werden müssen und ein versehentliches Anlassen oder ein Selbsteinrücken der Maschine unmöglich machen. Ferner fordert § 43, Absatz 2 der Unfallverhütungsvorschriften, daß der Arbeiter stets vor Reinigung der Maschine die oben angeordnete Sperrung vornimmt.

3. Ein ebenfalls am 15. Januar d. J. aus Dresden gemeldeter Unfall ist auf offensbaren groben Leichtsinns des Arbeiters zurückzuführen. Derselbe machte sich beim Gange der leer, also ohne Saftrom laufenden Maschine an den hochgestellten Farbwalzen zu schaffen, um sie zu reinigen. Er geriet mit der rechten Hand zwischen Tegel und Fundament. Eine starke Quetschung und Sehnenreißung war die Folge.

Um derartige Vorkommnisse einzuschränken, gibt es nur ein Mittel, nämlich alle, die bei einer derartigen leichtfertigen Handlung betroffen werden, ausnahmslos zwecks Bestrafung zur Anzeige zu bringen (§ 54 der Unfallverhütungsvorschriften). Einige Betriebe haben auch unaufsichtliche Entlassung der Arbeiter, die gegen §§ 40 bis 47 der Unfallverhütungsvorschriften verstoßen, angekündigt und handeln auch danach. Ein sehr strenges Mittel, das aber seinen Zweck nicht verfehlt.

4. und 5. Beide Unfälle, die sich am 18. Januar d. J. in Dresden ereigneten, wurden durch Nachgreifen beim Anlegen veranlaßt. Sie werden wahrscheinlich auf Mängel zurückzuführen sein, die schon oben unter 1. angegeben sind. Bei einem scheint auch von der Seite aus nachgegriffen worden zu sein. Ein Unfall hatte an der rechten Hand einen Bruch des Mittelfingers und leichtere Quetschungen des Gold- und Kleinen Fingers, der andere eine starke Quetschung der rechten Hand, wobei der zweite und dritte Finger gebrochen, der kleine und Ringfinger gequetscht wurde, zur Folge.

6. Ein weiterer Tegelbdruckpressenunfall wird von Berlin vom 11. Januar d. J. gemeldet. Ein Tegelbdrucker, der versehentlich zwei Karten angelegt hatte, wollte eine davon während des Ganges der Maschine wieder entfernen, hat sich hierbei auf die Zehen gestellt und mit gebogenem Arm über die Schutzvorrichtung gegriffen. Eine Quetschung der rechten Hand und Bruch des Ringfingers waren die Folgen dieses leichtfertigen Handelns. Die Schutzvorrichtung hob sich, von der Tegeloberante aus gemessen, nur etwa 10 Zentimeter statt 13 bis 15 Zentimeter, wie von der Berufsgenossenschaft vorgeschrieben. Also auch hier ist ein Verstoß gegen die bestehenden Vorschriften festzustellen.

Beschwerden von Arbeiterinnen über Ungeklärtheiten und Mißstände im Arbeitsverhältnis werden in folgenden Bureaus entgegen genommen: Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften, Berlin S.O., Engel-ufer 15 IV. Sprechstunden von 9 bis 5, Donnerstags bis 8 Uhr. Bureau der sozialdem. Frauen, Berlin S.W., Lindenstr. 3, Hof IV. Sprechstunden täglich von 9 bis 4 Uhr. Bureau des Textilarbeiterverbandes, Berlin O., Andreasstr. 61. Sprechstunden täglich von 9 bis 5, Montags bis 8 Uhr und Andreasstr. 17, Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr. Verbandsbureau der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Berlin N.O., Ebingerstr. 19 III. Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr.

Bureau der Ortsverwaltung desselben Verbandes, Berlin S.W., Mte. Jakobstr. 5, Hof II. Sprechstunden Dienstags von 5 bis 7 Uhr.

Die Namen der Beschwerdeführerinnen werden streng geheim gehalten.

Gewerkschaftliche Unterrichtskurse. Am Sonnabend, den 26. Februar, wurde der zweite, von der Generalkommission der Gewerkschaften für das Jahr 1909/10 eingerichtete Unterrichtskursus geschlossen. Jeder Kursus währt sechs Wochen. Der erste Kursus fand in der Zeit vom 25. Oktober bis 4. Dezember 1909 statt, der zweite Kursus vom 17. Januar bis 26. Februar, und der dritte Kursus wird am 30. März beginnen. Die Meldungen zur Teilnahme an den Kursen sind stets so zahlreich, daß im Interesse eines eingehenden Unterrichtes oft nicht alle Meldungen berücksichtigt werden können. Der erste Kursus zählte 71 Teilnehmer, der soeben beendete 65. Es werden Vorträge gehalten über: Geschichte und Theorie der deutschen Gewerkschaftsbewegung, gegnerische Gewerkschaften in Deutschland, Gewerkschaftsbewegung des Auslandes, Versicherungs-gesetzgebung, Strafrecht, Arbeiterschutz, gewerblichen Arbeitsvertrag, Nationalökonomie, Kartelle und Arbeitgeber-Vereinigungen, Einführung in die Statistik, Bankwesen und Geldverkehr, Gewerbehygiene und über gewerkschaftliche Literatur. Der Unterricht für diese sämtlichen Fächer umfaßt rund 200 Stunden.

Zum erstenmale hatte die Generalkommission Ende vorigen Jahres einen Unterrichtskursus für Arbeitersekretäre eingerichtet. Während in den Kursen für Gewerkschaftsangehörige Vorträge über Wirtschaftskunde bevorzugt werden müssen, beschränkte sich der Kursus für die Arbeitersekretäre auf die Rechtslehre. Es wurden über Arbeiterversicherung, Staatsbürgerrecht, Bürgerliches Recht, Strafrecht und Strafprozeß, Zivilrecht und das Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, gewerbliches Recht und über Arbeiterschutz Vorträge gehalten. Der Unterricht wurde hier hauptsächlich von Juristen erteilt. Dieser Kursus dauerte nur vier Wochen und umfaßte 136 Stunden; er war von 26 Teilnehmern besucht.

Am Schluß jedes Kursus findet in Gegenwart der Vortragenden eine Aussprache mit den Schülern statt, in denen stets zum Ausdruck kommt, daß die Schüler durch den Unterricht ihr Wissen wesentlich bereichert haben, daß sie nun im Interesse der Arbeiterbewegung und ihrer Organisation nutzbringend verwerten wollen. Auch werden Wünsche der Kursusteilnehmer auf etwaige Änderungen des Unterrichtsplanes gern entgegen genommen, die dann der Generalkommission zur Berücksichtigung überwiesen werden. Oft wiederkehrend ist dabei der Wunsch, die Kurse zu verlängern, um die einzelnen Unterrichtsgegenstände noch ausführlicher behandeln zu können. Das damit bekundete rege Interesse an der eigenen Fortbildung der Gewerkschaftsangehörigen zeigt, welche wertvolle und nützliche Einrichtung die Generalkommission mit dieser Institution schuf.

Literatur.

Der „Bibliothekar“, Nr. 3, (März 1910) ist soeben erschienen. Die zehn Seiten starke Nummer hat folgenden Inhalt:

Die Jugendbibliothek in Ottatring. — Die Sache der Volksethik und Dunkelmänner. Von Hancner. — Zur Bibliothekverwaltung. Von E. Pantucef, Wien. — Zusammenstellung der Bücherbesprechungen. Von Frl. — Bücherbesprechungen. — Bibliothekberichte: Augsburg, Berlin, Bernburg, Halle a. S., Köln, Leipzig. — Bericht über die Resultate der Umfrage über die Arbeiterbibliotheken Deutschlands.

Der Bezugspreis für die reichhaltige Zeitschrift beträgt nur 2 Mark im Jahre.

Versammlungskalender.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 12. März im Lokale des Herrn Karl Baetrow, Kaiser-Wilhelmstr. 77. Tagesordnung: 1. Vortrag: Erwinnungen am Ende des Mittelalters unter besonderer Berücksichtigung des Buchdrucks. 2. Mitteilungen. 3. Innere Vereinsangelegenheiten.

Abrechnungen.

Das 4. Quartal haben in dieser Woche abgerechnet: Nürnberg 517.25 M., Heidelberg 14.73 Mf.